



Ausgabe 4/2007
25. April 2007

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Lebenslänglich München und kein Ende? GdP erzielt ersten Erfolg!

von Arno Schindler, Vorsitzender BG München

Ja, das waren noch Zeiten! Wir waren Beamte der Stadt München. Wir bekamen mehr Geld und wurden schneller befördert. Doch damit war es mit der Verstaatlichung 1975 vorbei. Praktisch über Nacht. Alle bayerischen Beamten waren plötzlich gleich; wurden gleichmäßig langsam befördert und bekamen gleich viel Geld. Kein Wunder, dass dann keiner mehr in die Stadt wollte. Auf dem Land war es ja viel gemütlicher und billiger fürs gleiche Geld. Da der Freistaat Bayern nicht bereit war, die nicht nur erheblichen finanziellen Belastungen, die eine Dienstverrichtung in München mit sich bringt, auszugleichen, musste er anderweitig für eine Sicherung des Personalbestandes beim PP München sorgen.

Also ersann der Dienstherr das Mittel der Zwangsverpflichtung in Form einer zunächst 5-jährigen Versetzungssperre. Alle waren zufrieden - nur das PP München nicht, denn schnell war klar, die Motivation der Zwangsverpflichteten blieb auf der Strecke. Daher versuchte das PP München eigene Wege zu gehen, um Beamte zu rekrutieren, die in München Dienst verrichten wollten. So entstand das Sopro München (= Alt-

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei -
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

bewerber von 24 bis 34 Jahre; Mindestverweildauer 5 Jahre). Schon sehr bald setzte sich beim Dienstherrn jedoch die Erkenntnis durch, dass auch die Einführung des Sopro München nicht ausreicht, um die beim PP München angeblich drohende Personalknappheit



abzuwenden. Also führte man die Rangliste München ein. Bewerber für diese Rangliste erhielten bei der Einstellungsprüfung einen Notenbonus bis 0,5, mussten sich aber im Gegenzug dazu verpflichten „langfristig“ (= 10 Jahre) Dienst in München zu verrichten. Gleichzeitig wurde auch für das Sopro München die Verweildauer auf 10 Jahre erhöht. Aber

Pressekonferenz am 20.4. in München

München - (gdp) Der GdP Landesbezirk Bayern hat zum Thema „Lebenslänglich München“ am 20.4.2007 eine groß angelegte Pressekonferenz abgehalten. Ziel war es, über die Ergebnisse unserer bisherigen Aktivitäten zu informieren und auf weitere, gegen die Mindestverweildauer gerichtete Aktionen hinzuweisen. Denn nach wie vor ist das grundsätzliche Problem „lebenslang München“ nicht gelöst, zumal sämtliche in diesem Zusammenhang an den Bayerischen Landtag gerichteten Petitionen ergebnislos verlaufen sind. Zwei direkt betroffene Kollegen standen dabei Rede und Antwort und legten ihre inakzeptable persönliche Situation dar. Vier Stunden am Tag pendeln ist dabei leider traurige Realität.

auch dies reichte dem Freistaat Bayern nicht, so dass man kurzerhand im Jahre 1999 die Verweildauer der Rangliste München sowie des Sopro München auf „dauerhaft“ (= lebenslänglich) hochschraubte.

Ausgehend von dieser Entwicklung sagen wir als GdP:

„Jetzt reicht's!“

Fakt ist, dass die GdP dem Instrument der Zwangsverpflichtung als Mittel zur Behebung der Personalprobleme beim PP München immer kritisch gegenübergestanden und dieses auch massiv be-



Lebenslänglich München und kein Ende?

kämpft hat. Bereits in einem an den damaligen Staatssekretär im Innenministerium, Herrn Dr. Beckstein, gerichteten Schreiben vom 20.07.1989 forderte die GdP statt der praktizierten 5-jährigen Versetzungssperre ein Schwerpunkt-

betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu erwarten sind. Selbst als der damalige HPR-Vorsitzende und GdP-Finanzvorstand, Kollege Edgar Ihm, das Innenministerium mit Schreiben vom 29.01.1993 darauf hinwies, dass die

beim PP München bestehende 5-jährige Versetzungssperre erhebliche Probleme bereitet, weil sie für die betroffenen Beamten zu unververtretbaren Erschwernissen führt (der Zentrale Psychologische Dienst der Bayer. Polizei hatte in einer landes-



Zwei betroffene Kollegen samt LV Schneider (links), Justiziar Hofstätter sowie den Kollegen Pfeiffer, Schindler und Thoma von der BG München

programm für München, das u. a. die Gewährung einer Ballungsraum- bzw. Großstadtzulage, ein verbessertes und umfangreicheres Wohnungsangebot zu günstigen Preisen, spürbare Maßnahmen auf dem Sektor Beförderungsmöglichkeiten in allen Laufbahnen und positive Änderungen bei den Stellenplänen zum Inhalt haben sollte.

Die Reaktion von Herrn Dr. Beckstein auf unsere Forderung („*Sie können aber sicher sein, dass wir uns auch weiterhin bemühen werden, den Dienst im Ballungsraum München so attraktiv wie möglich zu machen*“) kann als Beleg dafür angesehen werden, dass von den maßgeblichen Entscheidungsträgern in Sachen Mindestverweildauer bis zum heutigen Tage nur Lippenbekenntnisse aber keine Entscheidungen im Sinne der

weiten Untersuchung festgestellt, dass das praktizierte Verfahren zu einem „München Syndrom“ geführt hat, und die landesweite Nachwuchswerbung für den Polizeivollzugsdienst nachteilig beeinflusst) erfolgte keine nachhaltige Reaktion der Entscheidungsträger und politisch Verantwortlichen. Zwar wurde das PP München seitens des Innenministeriums verpflichtet, Kriterien aufzustellen, um persönliche Härten von betroffenen Polizeibeamten berücksichtigen zu können.

Entsprechende Vorschläge wurden jedoch bis zum heutigen Tage nicht erarbeitet und dies obwohl das Innenministerium seinerzeit die Auffassung vertrat, „*dass es in Zukunft möglich sein soll, dass Kollegen auch vor Ablauf der Mindestverweildauer versetzt werden*

können“. Nach ungezählten weiteren Vorschlägen, zahllosen Besprechungen und sonstigen, die Mindestverweildauer betreffenden Aktivitäten, haben wir das Innenministerium anlässlich einer vor einem Jahr abgehaltenen Pressekonferenz letztmalig aufgefordert, das Instrument der lebenslangen Verweildauer zu überdenken und einer sozialverträglichen Lösung zuzuführen. Geschehen ist jedoch nichts.

Da wir dies nicht anders erwartet haben, haben wir bereits im November 2005 beim Verwaltungsgericht München Klage eingereicht, um eine der beim PP München bestehenden Mindestverweildauerregelungen auf Ihre Rechtmäßigkeit überprüfen zu lassen. Insoweit haben wir die Auffassung vertreten, dass es nicht rechtmäßig sein kann, dass man 16- oder 17-jährige für immer an das PP München bindet. Keiner weiß, was das Leben für ihn bereithält. Was kann da alles passieren: Ehe, Kinder, Scheidung, Lebensgemeinschaften, die zusammenfinden und auch wieder auseinander gehen, Eltern, die ihre Kinder brauchen, Krankheit. Niemand kann sagen, was in seinem Leben in 10 oder 20 Jahren noch wichtig ist.

In dem besagten Klageverfahren hat das erstinstanzliche Gericht unserem Mitglied Recht gegeben und die Unterschrift der damals Minderjährigenjährigen unter die Bewerbungsunterlagen für die Rangliste München für ungültig erklärt. Erwartungsgemäß ist der Freistaat Bayern gegen dieses Urteil in die Berufung gegangen. Ein Ergebnis steht noch aus. Abzusehen ist, dass dieses Verfahren nicht das einzige bleiben wird, das die GdP in der Folge gegen die Mindestverweildauerregelungen beim PP München führen wird. Denn freiwillig - soviel ist klar - wird das PP München keinen Zwangsverpflichteten ziehen lassen.



Beckstein will Personalvertretungen beibehalten

München - (gdp) In entspannter Atmosphäre fand ein Besuch von Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes bei Innenminister Dr. Günter Beckstein statt. Auf der Tagesordnung des Besuchs standen die Fortführung der Polizeireform in Bayern, insbesondere im Bereich München, der Personalbedarf bei den Teilungspräsidien, die Situation der regionalen Beweisauswertung, Erkenntnisse aus dem Evaluierungsbericht, die Situation der Grenzpolizei sowie die zukünftige Struktur der Personalvertretung. An dem Gespräch nahmen noch Landespolizeipräsident Waldemar Kindler und Ltd. MR Peter Dathe teil. Landesvorsitzender Harald Schneider gab zu verstehen, dass es insbesondere bei den Teilungspräsidien Schwaben, Oberbayern und Niederbayern/ Oberpfalz einen größeren Personalbedarf gibt und der bisherige Ansatz nicht ausreichend ist. Ein Mehr an Personal ist für die Funktionsfähigkeit der neuen Präsidien dringend erforderlich.

Als untragbar bezeichnete der Landesvorsitzende die Situation bei den RBAs in Bayern. Hier herrscht eine große Arbeitsüberlastung mit Bearbeitungszeiten von bis zu 10 Monaten. Eine bessere Personal- und Sachausstattung ist hier dringend erforderlich. Eine reine Bestandsgarantie für die RBAs reicht hier nicht aus. Bezüglich des Evaluierungsberichtes bat Harald Schneider den Innenminister um eine nähere Definition des Begriffs „temporäre Schließung von Kleindienststellen“. Bei den kleinen Inspektionen gibt es Befürchtungen, dass sie längerfristig keinen Bestand mehr haben, denn der Schritt von einer temporären Schließung zur Schließung zur Nachtzeit und dann gänzlichen Schließung der Dienststellen ist nicht weit.

Innenminister Beckstein versuchte die Befürchtungen zu zerstreuen. Es gehe im Prinzip nur darum, den kleinen Dienststellen die Möglichkeit zu bieten im Notfall auch zwei Streifen auf die Straße zu bringen und die Dienststelle kurzfristig schließen zu können. Nicht mehr und nicht weniger sollte bei seinen Ausführungen im Innenausschuss zum Ausdruck gebracht werden.

Klaus Kozuch beschäftigte sich mit den Anliegen der Grenzpolizei und appellierte an den Minister den gehobenen mit dem mittleren Dienst gleichzustellen, wenn es darum geht, zukünftig weitere Fahrstrecken in Kauf nehmen zu müssen. Innenminister Beckstein gab hier zu verstehen, dass die 30 km-Zone für ihn die Richtschnur sei. Landespolizeipräsident Kindler und Ltd. MR Dathe gaben zu verstehen, dass es bei den bisher getroffenen Absprachen zwischen Ministerien und Polizeipräsidien bleibt.

Die Situation München lag Vorstandsmitglied Arno Schindler besonders am Herzen. Er bat um eine Erhöhung der Stabs-

quote, die seiner Auffassung nach als zu gering erachtet wird. Die Sonderstellung des Polizeipräsidiums München müsste hier stärker gewichtet werden. Diesem Anliegen wurde vom Minister allerdings wenig Chancen eingeräumt.



V.l.n.r.: vom GLBV Kollege Kozuch, LV Schneider, Innenminister Günter Beckstein, Kollege Schindler, Landespolizeipräsident Waldemar Kindler und Ltd. MR Peter Dathe

Die GdP-Werbeaktion, die Anfang März anlief und dieses Mal ohne zeitliche Begrenzung weiterläuft, ist ein toller Erfolg für die GdP Bayern. Von knapp 280 Neueinstellungen an vier Standorten der Bereitschaftspolizei dürfen wir fast 130 neue GdP-Mitglieder begrüßen. Darüber hinaus heißen wir auch in der Landes-

Erfreut registrierten die Gesprächsteilnehmer der GdP die Aussage vom Innenminister, dass er nicht daran denke die Personalvertretungen durch die Reform zu schwächen. Es sprach von maximal 10 Prozent Einsparungen im Bereich der Freistellungen für die Personalräte. In allernächster Zeit ist ein Gesprächstermin mit den Personalvertretungen mit den Vorsitzenden der einzelnen Berufsvertretungen sowie dem Hauptpersonalrat geplant.

HSch

GdP-Werbeaktion toller Erfolg

polizei beinahe 50 neue Mitglieder willkommen.

Wenn auch Sie die Vorteile einer GdP-Mitgliedschaft ([http://www.gdp.de/gdp/gdpbaycms.nsf/id/Leistungsumfang/\\$file/Leistungen.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdpbaycms.nsf/id/Leistungsumfang/$file/Leistungen.pdf)) in Anspruch nehmen wollen, werden Sie jetzt Mitglied!



MdB Ernst Hinsken beschirmt Blaulicht-Party in Straubing

Straubing - (gdp) Ernst Hinsken, allseits-bekannter CSU-Politiker des Landkreises Straubing und Mitglied des Deutschen Bundestages übernahm die Schirmherrschaft zur nächsten „Emergency-Night“ am 3. Mai 2007 im Bienenkorb. Gerne, so Ernst Hinsken, kam er der Anfrage der Gewerkschaft der Polizei, JUNGE GRUPPE nach, die mit ihrem Anliegen zu ihm kam. „Ich bin zwar nicht mehr der Jüngste, aber ich lasse es mir nicht nehmen, die Jugend für einen guten Zweck zu unterstützen“, äußerte er am 16.03.2007 im Landratsamt Straubing-Bogen, wo das Schirmherrenbitten über die Bühne ging.

Ein Schal und natürlich ein Schirm mit dem Bienenkorb-Logo wurden ihm vom Betriebsleiter Felix überreicht. Bei der Werbung wird die GdP von Radio AWN und Donau-TV unterstützt. Auf eine rege Teilnahme hoffen die Organisatoren.



Ohne Worte

Beamtenbund gelassen

Der Deutsche Beamtenbund hat gelassen auf die Pläne der Bundesregierung reagiert, auch die Lebensarbeitszeit der Staatsbediensteten zu verlängern. Beamtenbund-Chef Peter Heesen sagte, es werde keinen Aufschrei geben, wenn das Rentenalter auch bei Beamten auf 67 Jahre angehoben wird: „Wir haben uns mit dem damaligen Bundesinnenminister Schily darauf geeinigt, all das, was im Rentenrecht geschieht, wirkungsgleich auf die Versorgung der Beamten zu übertragen. Wenn es alle trifft, muss es auch die Beamten treffen.“

EMERGENCY NIGHT 4 powered by **JUNGE GRUPPE**

Do. 3. Mai ab 19 Uhr

Krankenhäuser Doktoren Polizei THW Feuerwehr Rettungsdienste

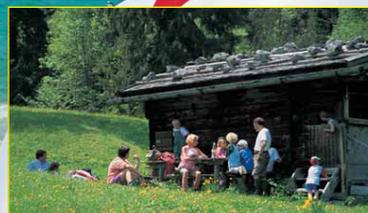
Schirmherr: **MdB Ernst Hinsken**

Eintritt: 4 €
Der Eintritt kommt diversen Hilfseinrichtungen in Straubing zu Gute!

www.emergency

BIENENKORB STRAUBING
Senefelderstraße 32 • Tel.: +49 (0)9421 78 95 66
www.bienenkorb.com

5% Reisekostenzuschuss für alle Mitglieder der GdP!



- Pauschalreisen
- Kreuzfahrten
- Flussfahrten
- Autoreisen
- Wellness
- Charterflüge
- Studienreisen
- Wanderreisen

Die Reise muss über unser Reisebüro gebucht werden.

Unverbindliche Beratung:
089/57 83 88 24 • www.swbayern.de



Mitgliederservice der GdP
Sozialwerk der GdP Bayern GmbH

Hansastraße 17/1 Telefon 089 / 57 83 88 24
80686 München Telefax 089 / 57 83 88 23
www.swbayern.de Email info@swbayern.de